

Windkraft-Kollaps gefährdet Deutschlands Energiewende

Stand: 25.07.2019 | Lesedauer: 6 Minuten



Von **Daniel Wetzel**
Wirtschaftsredakteur

Im ersten Halbjahr wurden kaum neue Windräder in Deutschland errichtet. Maschinenbauer sprechen von einem „Schlag in die Magengrube der Energiewende“. Schuld seien ausgerechnet Umweltschützer.

Der Ausbau der Windkraft ist im ersten Halbjahr dieses Jahres auf den niedrigsten Stand seit Einführung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) im Jahre 2000 zurückgefallen. Unter dem Strich kamen nur noch 35 Windräder hinzu mit einer Leistung von 231 Megawatt. „Das entspricht einem Rückgang von 82 Prozent im Vergleich zum bereits schwachen Vorjahreszeitraum“, bilanzierte der Bundesverband Windenergie (BWE) in Berlin.

„Das macht ein Stück weit sprachlos“, sagte Matthias Zelinger bei der Vorlage der Zahlen. Der Geschäftsführer der Sparte Power Systems im Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA) sprach von einem „Schlag in die Magengrube der Energiewende“. Die reale Entwicklung passe „überhaupt nicht zur aktuellen Klimaschutzdebatte“.

„Die Bundesregierung spricht einerseits von der Erreichung ambitionierter Ausbau- und Klimaschutzziele für die Jahre 2030 und 2050, andererseits fehlt hierfür die Perspektive“, sagte Hermann Albers, Präsident des Bundesverbandes Windenergie (BWE): „Das Delta zwischen Anspruch und Wirklichkeit nimmt zu.“

Die Bundesregierung will den Anteil erneuerbarer Energien an der Stromversorgung von heute rund 40 auf mindestens 65 Prozent im Jahre 2030 steigern. Doch wenn ab dem Jahr 2021 Tausende Windräder aus dem 20-jährigen Förderzeitraum des Erneuerbare-Energien-Gesetzes fallen, befürchtet die Branche, dass unter dem Strich mehr Windräder abgerissen werden, als neue hinzukommen. Die Ökostrom- und wohl auch Klimaschutzpläne der Bundesregierung wären dann Makulatur.

Die Gründe für den Einbruch bei den Neubauzahlen sind vielfältig. Anders als in früheren Zeiten sei eine zu geringe Vergütung für produzierten Windstrom diesmal nicht die Ursache. „Es geht nicht ums Geld“, erklärte Albers: „Die Energiewende wird im Kleinen ausgebremst.“

Die wichtigste Ursache liegt im juristischen Widerstand von Tier- und Waldschützern gegen neue Windparks. Der BWE-Präsident verwies auf eine Branchenumfrage der Fachagentur Windkraft (https://www.fachagentur-windenergie.de/fileadmin/files/Veroeffentlichungen/Analysen/FA_Wind_Branchenumfrage_beklagte_WEA_Hemmnisse_DVOR_und_Militaer_07-2019.pdf)

an Land. Danach werden mehr als 70 Prozent der Klagen mit Artenschutz begründet, vor allem mit der Bedrohung gefährdeter Vogelarten und Fledermäuse. Windkraft-Präsident Albers nannte viele Klagen unbegründet: So habe sich die Population des besonders in Deutschland stark verbreiteten Raubvogels Rotmilan parallel zum Windkraftausbau sogar noch vergrößert. Eine Aussage, die der Naturschutzbund Deutschland (Nabu) allerdings nicht unterschreiben würde, wie eine Nachfrage von WELT ergab.

Neben dem Artenschutz sind es vor allem Konflikte mit dem Lärmschutz, die zu Gerichtsverfahren gegen Windkraftprojekte führen. Sie sind in 17 Prozent der Fälle der Klagegrund. Denkmalschutz-Bedenken stehen hinter sechs Prozent der Klagen. Die Schätzung der Fachagentur, dass rund 20 Prozent aller Windkraftprojekte beklagt würden, hält Windkraft-Präsident Albers für zu niedrig gegriffen: „Wenn Sie die Widerspruchsverfahren dazurechnen, stellt sich die Lage noch dramatischer dar.“

Windkraftprojekte müssen großen Abstand haben

Durch die Einführung eines marktwirtschaftlichen Ausschreibungsmodells hatte die Bundesregierung die Windkraftbranche zu Kostensenkungen und scharfen Kalkulationen gezwungen. Jetzt kommt zum wirtschaftlichen Risiko auch noch das Klagerisiko hinzu. Beides zusammen schreckt immer mehr potenzielle Investoren ab. Seitdem die Bundesregierung auch noch einige problematische Privilegien für sogenannte Bürgerwindparks gestrichen hatte, finden sich nicht mehr ausreichend Teilnehmer für die staatlichen Ausschreibungsrunden. Von den in diesem Jahr ausgeschriebenen Projekten über 1350 Megawatt Windkraft konnten nur 746 Megawatt bezuschlagt werden.

Seit Anwohnerproteste in vielen Länderparlamenten zu kritischen Diskussionen über einen Mindestabstand zur Wohnbebauung geführt haben, agieren auch die Genehmigungsbehörden weitaus zurückhaltender als früher, kritisiert der Windkraftverband weiter. Nach BWE-Zahlen stecken derzeit 11.000 Megawatt Windenergieleistung im Genehmigungsstau fest.

Dabei stellten auch „militärische Belange und UKW-Drehfunkfeuer bedeutende Genehmigungshemmnisse dar“. Insgesamt seien hier 4790 Megawatt Windkraftleistung blockiert, davon allein 2370 Megawatt durch die Abstandsregelung zu Drehfunkfeuern. Windkraftprojekte müssten in Deutschland einen Abstand von zehn bis 15 Kilometern zu den Sendern halten, die der Navigation in der Luftfahrt dienen, klagte Albers: Einige Nachbarstaaten begnügten sich mit halb so viel Abstand.

Für die zweite Jahreshälfte erwartet die Branche deutlich mehr Bautätigkeit. Dennoch reduzierte der BWE seine Jahresprognose für 2019 auf insgesamt noch 1500 Megawatt Zubau, wobei selbst dieser Wert noch unsicher sei. Auch er stellt einen dramatischen Rückgang im Ausbautempo dar: In den Jahren 2014 bis 2017 lag der jährliche Zubau noch bei durchschnittlich 4600 Megawatt.

VDMA-Sprecher Zelinger warnte vor volkswirtschaftlichen Folgen, sollte es bei so geringen Zubau-Raten bleiben: „Es wird zum Standortvorteil Deutschlands, ausreichend erneuerbare Energien zur Verfügung zu stellen“, sagte der Maschinenbau-Vertreter: Immer mehr Unternehmen würden von ihren Kapitalgebern und Kunden aufgefordert, grüne Lieferketten aufzubauen.

So verlange etwa VW (<https://www.welt.de/themen/vw/>) von seinen Zulieferern den Aufbau einer CO₂-neutralen Produktion, Bosch und Mercedes-Benz wollten ebenfalls klimaneutral produzieren. Ende des Jahres müsse jedes EU-Mitgliedsland seine Energie- und Klimapläne bei der EU-Kommission einreichen, warnte Zelinger vor diesem Hintergrund: Diese Pläne seien „vergleichbar mit Bewerbungen um Investitionen aus aller Welt“. Investoren würden hieraus ablesen, „wie ambitioniert und mit welcher Stabilität der Umbau des Energiesystems vorangeht“.

Branche hofft auf die Kanzlerin

Die Verbände rechneten vor, dass das Ökostrom-Ziel von 65 Prozent im Jahre 2030 nur mit einem deutlich höheren Windkraft-Zubau erreicht werden könne. Bei einem angenommenen Strombedarf von dann 740 Terawattstunden müsse sich der jährliche Zubau der Windkraft an Land bei mindestens 4700 Megawatt pro Jahr bewegen. Das entspräche in etwa rund 1400 neuen Onshore-Windrädern der aktuellen Leistungsklasse pro Jahr. Bei einem Neubau von 86 Windrädern und dem Abriss von 51 Anlagen seien im ersten Halbjahr 2019 allerdings netto nur 35 Windkraftanlagen hinzugekommen.

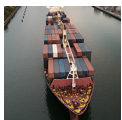
Überraschend deutlich erklärte der Bundesverband Windenergie, dass sich die Anzahl der Windkraftanlagen in Deutschland bis 2050 nicht nennenswert erhöhen müsse. Weil die Turbinen neuester Technik deutlich effizienter seien, könne es bei „knapp über 30.000 Anlagen“ bleiben – eine Zahl, die heute bereits fast erreicht ist.

Nötig seien zur Mitte des Jahrhunderts 200 Gigawatt Windkraft auf zwei Prozent der Landesfläche, heißt es in der Rechnung des BWE. Heute sind rund 50 Gigawatt Windkraftleistung in Deutschland installiert. Die aktuell durchschnittliche Anlagenleistung von 1,8 Megawatt pro Windrad werde sich allerdings auf über fünf Megawatt und mehr vergrößern. Höhere Türme und größere Rotordurchmesser der neuen Anlagengeneration würden die Effizienz weiter steigern. „Halbierte Anlagenzahl, doppelte Leistung“, nannte Zelinger die Kurzformel für die anstehende „technologische Flurbereinigung.“

Noch hat die Windkraftlobby die Hoffnung, dass es sich beim aktuellen Einbruch der Ausbautzahlen lediglich um ein vorübergehendes Phänomen handelt. Die Branche sei im Gespräch mit Umweltverbänden wegen der Artenschutzklagen und habe einen Aktionsplan entwickelt, mit dem die Genehmigungspraxis beschleunigt werden könne.

In einem Brief an Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) schlugen die Verbände Anfang Juli vor, durch die kurzfristige Einberufung eines Industrie- oder „Windkraftgipfels“ ein Signal zu setzen. Dieses Signal aus der Politik solle es bereits vor der Veröffentlichung der Halbjahreszahlen geben, forderten die Verbände: „Wir reichen Ihnen die Hand für einen gemeinsamen Aufbruch!“

Bislang schlug Merkel die Hand jedoch aus: Zur Vorlage der Branchenzahlen war von der Einladung der Bundeskanzlerin zu einem Windkraftgipfel jedenfalls noch nichts zu vernehmen.



WIRTSCHAFT

Lesen Sie alles Wichtige rund um Wirtschaft – im täglichen Newsletter der WELT.

JETZT BESTELLEN

© Axel Springer SE. Alle Rechte vorbehalten.

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/197466063>